

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon	+49 202 563 2336
Fax	+49 202 563 8531
E-Mail	Sylvia.Habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	26.06.19

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1561/19) am 19.06.2019

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Wessel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Arnold Norkowsky , Herr Erhard Werner Buntrock ,

von der SPD-Fraktion

Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Herr Arif Izgi , Herr Thomas Krings ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Marcel Gabriel-Simon , Frau Ilona Schäfer ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Susanne Herhaus Anwesend bis 16:54 Uhr,

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder ,

von der Fraktion Freie Wähler

Herr Axel Straub ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Sabine Kik Anwesend bis 16:51 Uhr,

als sachkundige Einwohnerin

Herr Reinhard Fliege ,

als sachkundiger Einwohner

Herr Dr. Martin Hamburger ,

als sachkundige Einwohnerin

Herr Dr. Christoph Humburg , Frau Susanne Krieb ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn Anwesend bis 17:01 Uhr, Herr Arno Vormstein , Frau Ute Wenzel ,

Schriftführerin:

Sylvia Habiger

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:47 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Vorstellung Geburtshaus - Frau Seeland, Geburtshaus Wuppertal

Frau Seeland stellt das Geburtshaus Wuppertal vor. Sie erläutert die Schwerpunkte (Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, junge Familie) der Einrichtung, die seit 25 Jahren existiert, und berichtet über die wichtigsten Zahlen des Geburtshauses (ca. 300 Kurse und 4.000 Anmeldungen pro Jahr, 200 Geburten und 5.000 Wochenbettbesuche jährlich, Beschäftigung von 22 Hebammen - davon 7 in der Geburtshilfe eingesetzt), sowie die politische (z. B. Bündnis natürliche Geburt, NRW-weite Arbeitsgruppen) und die Bildungsarbeit (Information der Öffentlichkeit, Elterninformation, Schulunterricht/-information) der Einrichtung. Sie ergänzt, dass es mehr Bedarf für die außerklinische Geburt gibt, als das Geburtshaus umsetzen kann, da es leider zu wenig Hebammen gibt (ca. 2 % aller Geburten erfolgen mit außerklinischer Geburtshilfe, Nachfrage ca. 10 % in Wuppertal; 10-15 % deutschlandweit). Dies ist auch dem großen Einzugsbereich (W, SG, RS, Kreise ME und EN) des Geburtshauses geschuldet, da die nächsten vergleichbaren Einrichtungen in Düsseldorf und Hagen sind. Sie erläutert die Wichtigkeit der Ausbildung, die auch stark durch das Geburtshaus unterstützt wird (Ausbildungsort für Hebammenschülerinnen), und erklärt die für die soziale Arbeit notwendige Ideologie. Das Geburtshaus Wuppertal fungiert als gemeinnütziger und selbstfinanzierter Verein. Da die Preise sozialverträglich gestaltet werden sollen, verzichten Mitarbeiterinnen sogar oftmals auf Teile ihres Gehalts.

Voraussichtlich im Frühjahr 2020 wird in Kooperation mit dem HELIOS Klinikum ein zweites Geburtshaus in Wuppertal eröffnen (Baukosten/Bau durch HELIOS, Betrieb durch Geburtshaus Wuppertal). Ein arbeitsfähiges Team steht für dieses zweite Geburtshaus bereits zur Verfügung, welches mit einem mütterfreundlichen neuen Arbeitssystem an den Start gehen wird.

2 Erfahrungsbericht Streetwork Innenstadt, mündlicher Bericht

Herr Dr. Kühn erläutert einleitend, dass es eine Ratsbeschluss als Grundlage gibt, der während der Schließung des Café Cosa und drei Monate darüber hinaus die Entsendung der Streetworker in die Elberfelder Innenstadt regelt. Erstmals erfolgt mit der Entsendung des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe und der Diakonie ein Einsatz von zwei Trägern gemeinschaftlich. Die Kernpunkte des Beschlusses sind das enge Wenden an die Klienten, die intensive Kooperation mit Hilfsangeboten, die Verbindung mit Clean Streets, die Nutzung der Trägerräume und das im Blick behalten des Themas Toiletten.

Frau Herring-Prestin erläutert als Mitarbeiterin des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe dass man auf Streetworkerfahrung zurückgreift, jedoch die Kooperation (gleiche Einsatzzeit, gleicher Einsatzort, gleiche Zielgruppe) wirklich Neuland für den Verein ist. Es wird jeweils ein Streetworker-Paar bestehend aus Mann und Frau entsandt, die Präsenz an den Werktagen ist auf den Straßen gewährleistet, und ein Raum für Gespräche o. ä. steht im Gleis 1 am Döppersberg zur Verfügung.

Frau Maikranz ist eine der tätigen Streetworker*innen. Sie ergänzt, dass die Präsenzzeiten pro halbe Stelle auf den Straßen 15 Stunden/Woche betragen. Die Diakonie deckt dabei den Montag und den Mittwoch ab, der Freundes- und

Förderkreises Suchtkrankenhilfe Dienstag, Donnerstag und Freitag. Der Kontaktaufbau erfolgt über das Gleis 1. Seit Anfang Mai 2019 erfolgen die Dokumentation und Kontaktaufnahme auf der Straße. Anfänglich begegnet man den Streetworkern mit Skepsis und Ablehnung, es dauert seine Zeit, bis eine Akzeptanz erreicht wird. Über Gespräche versucht man eine Anbindung an das Hilfesystem zu erreichen. Man begeht den Busbahnhof, die nahen Grünflächen, den Bahnhofsvorplatz, die Schwebbahnbrücke, den Kirchplatz, das Islandufer, die City Arkaden, den Brunnen am Rathaus und den Karlsplatz, wobei an den drei letztgenannten Orten häufiger Personen der Zielgruppe angetroffen werden. Partiiell haben die Streetworker auch eine Verlegung zum Deweerth'schen Garten und dem Laurentiusplatz beobachtet, wirft die Diakonie ein. Die Präsenzzeiten sind zwischen 10:30 und 16:00 Uhr, wobei es in der Regel vormittags ruhiger ist als am Nachmittag. Das Antreffen der Zielgruppe ist auch abhängig von äußeren Einflussfaktoren, z. B. Wetter und Geld).

Frau Lieto von der Diakonie ergänzt, dass man zwei Mitarbeiter mit Streetwork-Erfahrung umgesetzt hat, und die Kontaktaufnahme durch Schnittmengen bzw. bekannte Gesichter vereinfacht wird. Es ist noch keine feste Szene an einem Ort, die Streetworker fungieren aber auch als Ansprechpartner für Innenstadtutzer, Anwohner und Geschäftsinhaber.

Herr Kring möchte wissen, ob es Einschätzungen der Geschäftsinhaber zur Wahrnehmung der wandernden Szene gibt, und ob Wohnmobile oder Busse als mobile Beratungsorte möglich sind. Frau Herring-Prestin erläutert, dass es eine (neue) Beschwerde von Kirchplatz/Calvinstraße gibt. Generell bedankt sich der Kirchplatz für das „Wiedermehmen der Szene“. Anstelle von Wohnmobilen oder Bussen ist die Nutzung bestehender Angebote (z. B. Citykirche) für die Streetworker möglich. Herr Dr. Kühn ergänzt, dass die Beschwerden des Einzelhandels verstärkte Probleme seit der Schließung des Café Cosa bestätigen.

Herr Wessel erkundigt sich, ob es aus Sicht der Streetworker sinnvoll ist, eine neue Einladung für sie in den Ausschuss nach einem halben Jahr auszusprechen. Die Streetworker bejahen dies. Ein erneuter Bericht zum aktuellen Stand Streetwork verbunden mit einer Einladung an die Streetworker soll für die letzte Ausschusssitzung 2019 auf die Tagesordnung mit aufgenommen werden.

Frau Schäfer fragt nach, ob das Gleis 1 als Alternativstandort angelaufen wird, wenn Beratungsräume notwendig sind, und ob es feste Gruppen in der Szene gibt, oder eine Veränderung der Personenstruktur festzustellen ist. Frau Herring-Prestin erklärt, dass viele Café Cosa-Besucher auch eine Anbindung ans Gleis 1 haben, und selbiges folglich auch problemlos als Alternativstandort angelaufen werden kann. Da dort jedoch das Bier draußen bleiben muss, ist nicht jeder gewillt ins Gleis 1 zu kommen. Die Diakonie erläutert, dass in der Regel feste Gruppen unterwegs sind, und nur einzelne Personen öfters mal fehlen (z. B. aufgrund Gefängnisaufenthalt etc.).

Herr Gabriel-Simon möchte wissen, ob man die einzelnen Gruppen nach Standorten differenzieren kann, sich z. B. „Trinker“ am Döppersberg aufhalten. Laut Diakonie gibt es den klassischen „Trinker“ nicht mehr, stattdessen werfen die Menschen alles ein, und halten sich auch an allen Plätzen auf.

Herr Kring ergänzt abschließend, dass es gestern einen Ortstermin im Wupperpark Ost gab, und der Ausschuss einen möglichen Projektrückstand bezüglich des Café Cosa verhindern möge, da eine baldige Wiedereröffnung sinnvoll ist.

Der Vorsitzende bekräftigt für den gesamten Ausschuss, dass zeitliche Verzögerungen bei der Eröffnung des Café Cosa vermieden werden müssen.

**3 Änderung der Satzung des Beirates der Menschen mit Behinderung
Vorlage: VO/0373/19**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Einstimmig ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**4 Resolution - Modellprojekt Cannabis in Wuppertal
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.18
Vorlage: VO/0950/18**

Herr Dr. Kühn gibt bezüglich der Anfrage vom 30.04.2019, ob die Bergische Universität Wuppertal das Projekt wissenschaftlich begleiten könne, folgende Antwort:

Die Bergische Universität Wuppertal kann keine Fachexpertise liefern, da es keine passende Fakultät in Wuppertal gibt. Sie sieht sich dementsprechend nicht dazu berufen, die Begleitforschung für das Modellprojekt Cannabis in Wuppertal zu betreiben.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Das Thema wird vertagt auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit am 04.09.2019.

**4.1 Resolution - Modellprojekt Cannabis in Wuppertal Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.18 - VO/0950/18
- Bericht zur rechtlichen Situation, Modellvorhaben anderer
Kommunen und zur fachlichen Beurteilung eines wissenschaftlichen
Forschungsprojektes zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis in
Wuppertal
Vorlage: VO/0950/18-1-A**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Das Thema wird vertagt auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit am 04.09.2019.

**5 Bericht des Sozialamtes zum Umsetzungsstand des
Bundesteilhabegesetzes
Vorlage: VO/0480/19**

Frau Schäfer erwartet weitere Informationen zum Thema durch den Sozialausschuss des LVR, der in der kommenden Woche tagt. Sie weist darauf hin, dass es sich zunächst um einen Rahmenvertrag handelt, und dass das Ziel des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ein personenbezogener Leistungsbezug ist. Der Umgang mit der Mietkostenüberschreitung ist aus ihrer Sicht fragwürdig.

Herr Vormstein, dessen Abteilung im Sozialamt zuständig ist für die Umsetzung des BTHG, erläutert, dass der Betrag der zulässigen Mietkosten sich an der Vorgabe des Landes orientiert, und Überschreitungen entsprechend durch die LVR-Teilhabe gezahlt werden müssen. Die genaue Form der Zahlung ist noch nicht geklärt.

Herr Wessel möchte wissen, wann es zu der problematischen Situation konkrete Ergebnisse geben wird. Herr Vormstein bietet an, zu jeder Ausschusssitzung einen Bericht mit dem aktuellen Stand der Umsetzung zu liefern.

Herr Kring appelliert an alle Beteiligten (Stadt/LVR/andere Kommunen), dass die Situation für Betroffene durch das BTHG verbessert werden soll. Folglich soll viel Hilfe aus einer Hand und ohne bürokratischen Aufwand geleistet werden. Frau Schäfer ergänzt, dass es laut LVR-Sozialdezernat keine Zahlungslücken für Betroffene geben soll.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Entgegennahme ohne Beschluss

**6 6. Bericht des Inklusionsbüros der Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/0485/19**

Herr Gabriel-Simon dankt Frau Heinen für die vielfältige Beratung, die sie trotz geringer Personalressourcen ermöglicht, und den aussagekräftigen Bericht. Herr Wessel ergänzt, dass Frau Heinen ein Glücksfall für die Stadt Wuppertal ist. Herr Kring schließt sich dem Dank an. Er findet die Form des Berichtes sehr gelungen, und sagt, dass Inklusion kein Spezial-, sondern ein Alltagsthema ist. Er hebt die Schülerpraktika im Inklusionsbüro besonders hervor.

Frau Heinen berichtet kurz, dass Sie in diesem Jahr bereits drei Praktika und ein Langzeitpraktikum vergeben hat, und sie bereits Interessenten ablehnen musste. Sie findet die externe Sicht der Schüler*innen und die Arbeit mit den jungen Menschen insgesamt sehr gelungen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Entgegennahme ohne Beschluss

**7 Betriebskostenzuschüsse 2019 an die Träger der Altentagesstätten
Vorlage: VO/0510/19**

Herr Gabriel-Simon hat für die Zukunft einen Verbesserungsvorschlag: Um die Summenveränderungen zu erkennen, sollten die Vorjahressummen mit abgebildet werden. Eventuelle Trägeränderungen/-verschiebungen sollten zudem benannt werden.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 19.06.2019:

Einstimmig ungeändert beschlossen

8 Jahresbericht 2018 der Selbsthilfe - Kontaktstelle
Vorlage: VO/0552/19

Herr Wessel dankt der Selbsthilfe-Kontaktstelle für den vorliegenden Bericht.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 19.06.2019:

Entgegennahme ohne Beschluss

9 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Wessel berichtet, dass der Vorsitzende des Beirates der Menschen mit Behinderung, Bernd Engels, zur nächsten Sitzung aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz abgeben wird.

10 Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Gabriel-Simon berichtet, dass Frau Ullerich das Projekt der altengerechten Quartiersentwicklung „Tuhuus in Langerfeld“ im Seniorenbeirat vorgestellt hat, und Frau Leipnitz im Anschluss daran über das Ehrenamt im Bereich der Seniorenarbeit berichtet hat. Darüber hinaus gab es nur Vorlagen, die auch in dieser Sitzung beraten wurden.

11 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Krautmacher kündigt die dritte öffentliche Veranstaltung des Bündnisses gegen Armut an. Diese findet am Dienstag den 25.06.2019 von 17:00 bis 18:30 Uhr in der Aula der St. Laurentius Schule an der Bundesallee 30 statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

12 Verschiedenes

**13 Sachstandsbericht Spielhallen und Wettbüros in Wuppertal
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.02.2019
Vorlage: VO/0161/19**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom
19.06.2019:

Entgegennahme ohne Beschluss

**13.1 Sachstandsbericht Spielhallen und Wettbüros in Wuppertal
Vorlage: VO/0161/19-1-A**

Frau Schäfer sagt die Rückläufigkeit der Anzahl der Spielhallen ist gewünscht. Sie möchte wissen, wie die Kriterien für Härtefälle bei Klagen aussehen. Herr Vorsich hinterfragt derzeit die Situation in Essen. Er erläutert, dass der Glücksspielstaatsvertrag viele Nischen hat. Ein Härtefall liegt vor, wenn die wirtschaftliche Existenz in Gefahr ist. Diese Regelung gilt jedoch nur bis zum 30.06.2021. Danach kann dann ein neuer Antrag für eine Spielhalle gestellt werden. Wenn dieser abgelehnt wird, geht es zunächst vors Verwaltungsgericht, bis alle Rechtsmittel ausgereizt sind.

Herr Kring ergänzt, dass es ein erklärtes Ziel der Stadt Wuppertal sei, die Zahl der Spielhallen zu reduzieren, sowohl auf Basis des Stadtentwicklungskonzeptes, als auch städtebaulich. Er sieht dieses Ziel jedoch auch unter sozialpolitischen Aspekten. Demnach kann ein Härtefall nicht in Betracht kommen, da die Spielsucht der Nutzer*innen gravierender ist, als die wirtschaftliche Existenz eines Einzelnen. Er verlangt die konzentrierte Nutzung aller Kräfte. Herr Vorsich merkt an, dass das Ordnungsamt nur bei einer Neueröffnung einschreiten kann, und in Wuppertal seitdem der Glücksspielstaatsvertrag aktiv ist, keine neuen Spielhallen hinzugekommen sind. Er sieht den Bestand der Spielhallen als problematisch an.

Herr Dr. Humburg berichtet, dass durch Spielsucht ganze Familien zerstört werden, da die Sucht oftmals auch erst sehr spät gemerkt wird. Er sagt die Verfügbarkeit der Spielhallen spielt dabei eine große Rolle. Man müsse die Spielhallen im öffentlichen Bewusstsein unmöglich machen, und es seien mehr Klagen notwendig. Herr Vorsich sagt, dass die Ordnungsbehörden mit der Situation auch nicht glücklich sind. Er sieht zudem ein weiteres Problem in den Geldspielautomaten der Gaststätten (zwei Geräte pro Gaststätte zulässig). Herr Dr. Humburg ergänzt, dass die fünf Jahre Übergangsfrist ausreichend sein müssten. Er wünscht sich einen verstärkten Angang des Problems durch die Stadt Wuppertal. Rund 25 Millionen € werden in Wuppertal jährlich verspielt, etwa 7 Millionen € davon sind Steuereinnahmen (ohne Spielbanken). Das Stadtklima muss sich dahingehend entwickeln, dass die Stadt insgesamt die Spielhallen ablehnt. Einzelne Personen wünschen sich sogar ein konkretes Hausverbot in den Spielhallen.

Frau Fischer möchte wissen, warum für Langerfeld zwei Konzessionen angegeben wurden, es jedoch für die Merkur Spielothek zwei Konzessionen gibt, sowie eine weitere Konzession für das Wettbüro an der Schwelmer Straße. Herr Vorsich sagt zu, dies zu prüfen.

Herr Kring stellt fest, dass die Vergnügungssteuer teilweise den Offenen Ganzttag finanziert, aber ein anderweitiger Einsatz der Steuer nicht möglich sei. Er findet dies politisch fatal.

Herr Wessel regt an, dass der Ausschuss unter Federführung von Herrn Dr. Humburg ein Zeichen setzen solle. Herr Kring sagt zu, dass eine entsprechende Resolution durch die SPD Fraktion unterstützt werden würde. Eine entsprechende Einladung zur Unterstützung sollte dazu auch an den Landes- und Bundesgesetzgeber gehen. Herr Dr. Humburg schlägt vor, dass sich Wuppertal federführend mit der Landesfachstelle (Spielerfachstelle) abstimmen solle, als Signal an die anderen Kommunen (Daseinsfürsorge/Unterstützung mit breiter Lobby). Herr Wessel schließt das Thema mit dem Aufruf nach den Sommerferien durch die Fraktionen eine Resolution auf den Weg zu bringen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 19.06.2019:

Entgegennahme ohne Beschluss

Stv. Michael Wessel
Vorsitzender

Sylvia Habiger
Schriftführerin